

Um Tabus hat er sich noch nie geschert. Jetzt, im politischen Ruhestand, gilt das noch viel mehr für Rezzo Schlauch.

**PZ: Herr Schlauch, mögen Sie die Karibik?**

**Rezzo Schlauch:** Die Karibik ist nicht mein bevorzugtes Reiseziel. Sie ist mir zu weit und außerdem habe ich wenig Lust darauf, an Hurrikans und sonstigen Naturkatastrophen teilzunehmen.

**Mich interessiert natürlich auch die politische Karibik. Sind bei einer Jamaika-Koalition denn ähnliche Naturkatastrophen zu befürchten?**

Naja. Die Vorbeben sind ja jetzt schon zu spüren, wenn ich Richtung München gucke. Ein ruhiger Segeltörn wird das nicht. Da wird es Wind von allen Seiten geben und jede Menge Untiefen.

**Muss man es trotzdem probieren?**

Nachdem sich die SPD – aus meiner Sicht nachvollziehbar – in die Opposition verabschiedet hat, ist der Druck da. Ja, man muss es probieren, man muss verhandeln – und zwar ernsthaft. Das ist der Auftrag von den Wählern.

**FDP-Fraktionschef Hans-Ulrich Rülke hat zu Jamaika gesagt, dass die Grünen erstmal ihr Programm einstampfen müssten.**

Herr Rülke ist für schräge Aussagen bekannt. Den würde ich da nicht so ernst nehmen. Was vom Programm reinkommt und was nicht, entscheiden andere.

**Mit wem sehen Sie die größten Schnittmengen – CDU, CSU oder FDP?**

Die CSU ist das Problem. Ein angeschossenes Wildschwein kann, wie man weiß, gefährlich werden. Aber ich glaube, wenn die Vernunft die Leitlinie politischen Handelns ist, gibt es auch mit der CSU keine unüberwindbaren Hindernisse. Mit der FDP, glaube ich, verdeckt der ideologische Pulverdampf, der immer zwischen FDP und Grünen vorhanden ist, manches Gemeinsame. Und mit der CDU kann man auch zurechtkommen.

**Wo müssen die Grünen hart bleiben? Oder anders gefragt: Gibt es Dinge, die Ihrer Ansicht nach nicht verhandelbar sind?**

Verhandeln heißt erst mal verhandeln. Als Anwalt kann ich sagen, dass es absolut notwendig ist, ohne irgendwelche Vorbedingungen reinzugehen. Sonst bräuchte man gar nicht anzufangen. Aber klar ist natürlich: Die Grünen sind stärker aus der Wahl rausgekommen, als die geschätzten Medien oder die professionellen Kaffeesatzleser uns monatelang vorausgesagt haben. Das liegt daran, dass sich die Grünen spät – Gottseidank nicht zu spät – auf ihre Schlüsselkompetenz Ökologie konzentriert haben. Und das wird natürlich auch das Schlüs-



Nicht mehr in der Politik aktiv, aber noch immer unangepasst: Rezzo Schlauch.

FOTO: DPA-ARCHIV

## „Asylrecht auf Dauer nicht zu erhalten“

**PZ-INTERVIEW** mit dem grünen Urgestein Rezzo Schlauch über die Flüchtlingsfrage, den nicht ganz einfachen Weg nach Jamaika – und warum er trotzdem auf ein Gelingen der Koalition drängt.

DAS GESPRÄCH FÜHRTE ANGELIKA WOHLFROM

### Erst mal reden die Schwestern miteinander

Die Spitzen der Schwesterparteien CDU und CSU wollen nach ihren schweren Verlusten bei der Bundestagswahl am 8. Oktober darüber beraten, mit welchem Kurs sie in die Sondierungen mit FDP und Grünen gehen. Bei den Gesprächen dürfte es unter anderem um die Themen Zuwanderung, Sicherheit und Europa gehen. CSU-Chef Horst Seehofer hatte kürzlich verlangt, auch um das „ganze soziale Spektrum“ mit Rente, Familie, Pflege und Wohnen müsse sich die Union verstärken kümmern. **Zentraler Streitpunkt ist die von Seehofer verlangte Obergrenze**

**von 200 000 neuen Flüchtlingen im Jahr.** Merkel lehnt sie ab, die Grünen sind ebenfalls strikt dagegen. FDP-Generalsekretärin Nicola Beer sagte dem Redaktionsnetzwerk Deutschland, ihre Partei sei gegen eine starre Obergrenze. „Aber über eine Grenze der Integrationskraft unseres Landes müssen wir reden.“ Der Grünen-Politiker **Jürgen Trittin** meinte unterdessen, der Streit um eine Obergrenze müsse zunächst zwischen CDU und CSU geklärt werden. Für die Grünen gelte: „Wir sollten mal ganz gelassen zusehen und nicht über jedes Stöckchen springen.“ dpa

### Rezzo Schlauch

Geboren am 4. Oktober 1947 in Gerabronn, aufgewachsen im hohenlohischen Bächlingen. Benannt wurde er übrigens nach dem Ritter Rezzo von Bächlingen. Das grüne Urgestein (seit 1980 dabei) zog 1994 für den Wahlkreis Pforzheim in den Bundestag. 1998 bis 2002 Vorsitzender der grünen Bundestagsfraktion, 2002 bis 2005 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium. 2005 Rückzug aus der Politik. Seither arbeitet der inzwischen fast 70-Jährige wieder als Rechtsanwalt. rom

selthema sein, das die Grünen in die Verhandlungen mit einbringen. Da waren ja nun im Wahlkampf alle anderen blind: Die CDU hat die Klimaschutzfrage völlig geräumt. Und der Bürgermeister aus Würselen (SPD-Spitzenkandidat Martin Schulz, Anm. d. Red.) war nur in der sozialen Gerechtigkeit unterwegs.

**Das große Thema, das bei diesem Wahlkampf alles überlagert hat, war das Flüchtlingsthema. Kann die nächste Koalition dafür eine Lösung finden?**

Die Lösung schlechthin gibt es nicht, egal ob das jetzt die von der CSU propagierte Obergrenze ist oder ob das der Gegenpol ist: so viel wie möglich aufzunehmen. Man kann Situationen nicht voraussagen. Da muss man auf Sicht fahren. Völlig klar ist, dass Integrationsleistungen für diejenigen, die eine Bleibeperspektive haben, massiv verstärkt werden müssen. Wir können es uns nicht leisten, Parallelgesellschaften heranzuziehen. Aber klar ist auch – und da halte ich es mit meinem Parteifreund Boris Palmer: Wir werden nicht allein helfen können.

**Heißt das, wir brauchen ein anderes Asylrecht?**

Klar ist: Das Asylrecht ist in einer historisch vollkommen anderen Situation geschaffen worden. Stellen Sie sich mal vor, zu uns würden alle kommen, die wirklich einen Asylgrund hätten – das könnten wir nicht schaffen. Deshalb glaube ich auch, dass man das Asylrecht auf Dauer nicht erhalten kann. Als das Grundgesetz 1949 verfasst wurde, konnten Sie noch nicht von jeder Ecke der Welt nach Europa kommen. Heute geht das. Die Vorstellung, dass man das unreguliert in alle Zukunft weiterlaufen lassen kann, halte ich für nicht vertretbar.

**Sie sagen, die Grünen werden Ihre Kompetenz in Sachen Ökologie unter Beweis stellen. In der grün regierten Landeshauptstadt Stuttgart wartet in diesem Bereich derzeit die größte Herausforderung auf eine Lösung. Bislang vergeblich.**

Auch da gibt es keine Patentlösung. Aber klar ist: So wie es derzeit in den Ballungsgebieten mit dem Verkehr aussieht, wird man nicht umhinkommen, entscheidende Veränderungen einzuleiten. Das kann man nicht mit dem Holzhammer machen, aber die Dinge so laufen zu lassen geht nicht. Dann kommt der endgültige Infarkt und dann nehmen einem die Gerichte – wie es in Stuttgart schon geschieht – das Heft des Handelns aus der Hand. Das Stuttgarter Verwaltungsgericht hat das sehr überzeugend klargestellt: Das oberste Rechtsgut ist die Gesundheit. Da muss die Politik handeln.

**Führt denn überhaupt noch etwas an Dieselfahrboten vorbei? Das kann ich als Politpensionär nicht wirklich beurteilen. Aber Sie**

müssen sich nur andere Mega-Städte in der Welt anucken. Da haben Sie Einfahrverbote und City-Mauts und andere Instrumente – und hier tut man so, als ob man sich an all dem vorbeischieben könnte. Irgendwann wird man zu härteren Maßnahmen greifen müssen.

**... und der Autoindustrie, die in Stuttgart ja schon eine gewisse Rolle spielt, an den Karren fahren.**

Die Autoindustrie lebt ja nicht bloß von Stuttgart. Und sie kann auch kein Interesse daran haben, dass in Stuttgart nichts mehr geht. Stuttgart ist die Staustadt – trotz vierspürigen Straßen durch die Stadt, trotz autogerechter Stadt. Wenn das Automobil Mobilität nicht mehr einlösen kann, kann das nicht im Sinne der Autoindustrie sein.

”

**„Der Riss zwischen CDU und CSU ist hundertfach größer als die Kluft zwischen den Fundis und den Realos.“**

Rezzo Schlauch

**Wo wir schon im Südwesten sind: Die Rolle des grünen Verhandlungschefs scheint doch geradezu für Winfried Kretschmann gemacht.**

Winfried Kretschmann ist ja in der grünen Verhandlungskommission drin. Und Cem Özdemir, der mit einem fulminanten Schlusspurt viel dazu beigetragen hat, dass die Grünen so abgeschnitten haben, wird mit Sicherheit dieses Pfund mit einbringen. Man muss ja mal sehen: Die baden-württembergischen Grünen haben drei Abgeordnete zugelegt und haben mit 13,5 Prozent eines der besten Landesergebnisse erzielt. Insofern haben sie eine starke Verhandlungsposition.

**Es ist die Stunde der Realos. Aber entscheiden wird letztlich die eher linke Basis.**

Ach, wissen Sie! Diese Unterscheidung ist das beliebte Spiel der Medien. Also, der Riss zwischen CDU und CSU ist hundertfach größer als die Kluft zwischen den Fundis und den Realos. Es ist nicht die Stunde der Realos – sondern die Stunde der Vernunft. Und deshalb ist mein Petition, dass die Grünen alles dafür tun müssen, dass diese Jamaika-Koalition nicht an den Grünen scheitert. Wenn das scheitern würde, dann stärkt man dadurch nochmals die AfD. Denn die AfD will – jenseits von der Flüchtlingsfrage – zurück in die 50er- und 60er-Jahre. Die liberale, emanzipierte Gesellschaft aber haben die Grünen und ihre Vorläufer, die 68er, freigekämpft. Deshalb ist es auch Aufgabe der Grünen, das selbst Erklärte zu verteidigen. Und diesen Kulturkampf, den die AfD anzetteln will, kann man nur gewinnen, wenn man den Bürgern eine vernünftige Alternative bietet.

## Katalonien lässt die Spanier zittern

Eine Loslösung der Region würde für die Wirtschaft des Landes schlimme Folgen haben

EMILIO RAPPOLD UND CAROLA FRENTZEN | BARCELONA

Der Countdown zum umstrittenen Referendum über Unabhängigkeit am Sonntag in Katalonien macht vielen Menschen große Sorgen. Auch die Wirtschaft zittert. Im Falle einer Loslösung der Region würde Spanien auf einen Schlag knapp ein Fünftel seines Bruttoinlandsprodukts verlieren. Gut 220 Milliarden Euro. Oder wie manche sagen: „Ein ganzes Finnland“. Aber auch für Katalonien hätte eine Trennung schlimme Folgen, meint Josep Bou. „Die katalanische Wirtschaft würde einen Kollaps erleben und um bis zu 20 Prozent einbrechen.“

Bou ist Präsident des Verbandes der katalanischen Unterneh-

mer, die gegen die Abspaltung sind. Er spricht von einer bereits eingesetzten Firmenflucht. Die Unternehmenszahl sei in der Region 2016 wegen der instabilen Lage schon um 271 zurückgegangen. Der Madrider Wirtschaftsminister Luis de Guindos, der die Katalanen vor einem „wirtschaftlichen Selbstmord“ warnt, schlägt mit einem konkreten Beispiel in die gleiche Kerbe. Er stehe in Verhandlungen mit einem Autohersteller, der sich in Katalonien niederlassen wolle, und könne aus erster Hand sagen, dass „solche Sachen nicht helfen“.

Apropos Auto: In Martorell bei Barcelona sitzt die Volkswagen-Tochter Seat. Das einstige VW-Sorgenkind macht inzwischen wieder gute Geschäfte. Mit knapp 8,6 Milliarden Euro wurden 2016 die



Viele Katalanen wollen sich von Spanien abspalten. Die Unabhängigkeit würde aber große Probleme mit sich bringen.

FOTO: OESTERLE

höchsten Umsätze der Firmengeschichte erzielt. Seat exportierte gut 80 Prozent seiner Produktion und ist mit einem Anteil von knapp drei Prozent ein Top-Exporteur der

spanischen Industrie. Die Erfolgsgeschichte wird nun von den Unabhängigkeitsbestrebungen bedroht. Auf die Frage nach der politischen Situation räumte Firmenchef Luca de

Meo dieser Tage ein, dass Seat „ein stabiles Umfeld“ benötige.

Ein unabhängiges Katalonien würde seine EU-Mitgliedschaft verlieren und müsste zunächst einen Antrag auf Aufnahme in die Gemeinschaft stellen, was Jahre dauern könnte. Bei Verkäufen in EU-Ländern müssten die Katalanen bis dahin wohl Einfuhrzölle bezahlen. Im Autosektor seien das zehn Prozent, erinnerte de Guindos. José Luis Bonet, Präsident der spanischen Handelskammer, meint sogar, eine Abspaltung der Region würde die katalanischen Firmen „an den Rand des Abgrunds“ treiben. Vor allem aber die kleinen und mittleren Unternehmen würden in Mitleidenschaft gezogen werden.

Auch im Tourismussektor ist Katalonien in Spanien führend.

Deutsche besuchen gerne die Metropole Barcelona, aber auch Badeorte wie Lloret de Mar. Tourismusminister Álvaro Nadal warnte erst diese Woche, eine Abspaltung würde schlimmere Auswirkungen als die jüngsten Terroranschläge von Barcelona haben. Katalonien würde plötzlich den Euro nicht mehr haben, „die Geldautomaten würden nicht mehr funktionieren“. Für Besucher, so Nadal, eine „verrückte Lage“.

Carlos Wienenberg spricht von einer „explosiven Lage“. „Keiner weiß, was in den nächsten Tagen passieren wird“, sagt der deutsche Anwalt, der im Kreis deutschsprachiger Führungskräfte in Barcelona Vizepräsident ist. Einen Trost hat er aber: Mit einer Unabhängigkeit rechne „aber noch niemand ernsthaft“.